



HREINIS-ANZEIGER

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 35

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 26. August 1916

Anzeigen kosten die Maschepaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzuflecken).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

30. Jahrg.

An unsere zum Militär eingezogenen Verbandsmitglieder!

Vielfach melden sich die vom Militärdienst zu gewerblicher Arbeit entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Kollegen nicht wieder rechtzeitig beim Verband an und zahlen für die Zeit ihrer Erwerbstätigkeit auch keine Beiträge. Diese Kollegen verlieren damit die durch ihre frühere Mitgliedschaft erworbenen Rechte. Wir ersuchen darum dringend alle vom Militär entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Verbandsmitglieder, zur Wahrung ihrer Rechte sich sofort wieder bei ihrer zuständigen Filiale zu melden oder sich um Auskunft an den Verbandsvorstand zu wenden.

Wahre und falsche Friedenspropaganda.

II.

Im Leben des einzelnen Menschen wie im Leben der Völker spielt die Suggestion, das heißt die unbewusste Selbsttäuschung, eine bedeutende Rolle. Was man hofft und wünscht, das glaubt man gern, und vor den unangenehmen Tatsachen und der unbequemen Wirklichkeit verschließt man trampfhaft die Augen. Man scheut sich, der Wahrheit ins Auge zu blicken; lieber gaukelt man sich allerlei Illusionen vor, die das Gemüt befriedigen. Diese Lebenslüge, wie der unerbittliche Nordländer Ibsen diesen wichtigen Faktor im menschlichen Dasein genannt hat, lullt den Verstand ein und blendet die Augen, sie zeigt uns die Welt in einem Verzerrungsspiegel und hindert uns, die nackte Wahrheit zu erkennen. Die Menschen hegen und pflegen in ihrer Brust einen Wahn, den nüchternen Beobachter ohne weiteres als ein Wahngebilde erkennen, und sie sträuben sich dagegen, daß man ihnen die Augen öffnen will. Sie fühlen sich glücklich in der Illusion, die sie sich selbst vorgegaukelt haben, und sie hassen den, der sie aus dem Traume aufwecken will.

Ohne Zweifel befinden sich Russen, Franzosen und Italiener in einem solchen Zustande der Hypnose — von dem unglücklichen Belgien ganz zu geschweigen — und sie empfinden es schmerzhaft, wenn sie gezwungen werden, ins helle Licht der Wahrheit zu sehen. Ihre militärische und wirtschaftliche Lage ist ganz verzweifelt, was ein einziger Blick auf die Kriegslage beweist, und wenn sie dennoch auf einen baldigen, endgültigen Sieg hoffen, so klammern sie sich wie Ertrinkende an einen Strohalm. Sie haben Ähnlichkeit mit einem Schwindsüchtigen, der seiner Auflösung entgegengeht, aber noch immer von einer völligen Genesung träumt — morgen oder übermorgen muß die Krisis eintreten! — oder mit einem bankrotten Geschäftsmann, der auf dem letzten Loch pfeift, sich aber selbst einredet, ein glücklicher Zufall werde sein Schifflein wieder flott machen. Jeder Arzt kennt einen derartigen Seelenzustand, der auch den Baien nicht mehr unbekannt ist. Der Weltkrieg hat überhaupt ganz eigenartige seelische Stimmungen ausgelöst und die Kriegshypnose unserer Feinde ist eine der eigenartigsten. Als Massenercheinung spielt sie eine bedeutende Rolle und auf die Entscheidung über Krieg oder Frieden übt sie einen mächtigen Einfluß aus.

Der krankhafte Glaube an den baldigen Sieg, dem unsere Gegner gerade augenblicklich wieder in solch hochtrabender Weise Ausdruck verleihen, wird dadurch in hohem Maße gestärkt, daß sie der Meinung sind, Deutschland stehe vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. In feindlichen Auslande macht man sich ganz falsche Vorstellungen von dem Stand der Dinge. Man ist selbstsüchtig davon überzeugt, daß in Deutschland eine Hungersnot herrsche, daß tagtäglich Hungerrevolten ausbrächen und daß die Regierung die hungernden rebellierenden Volksmassen nur noch mit karthägen Händen könne.

Auch glaubt man, daß die süd- und westdeutschen Staaten und Provinzen nur noch auf den Augenblick warteten, um das Joch des preussischen Militarismus abzuschütteln. Diese Auffassung wird gefestigt durch tendenziös zurechtgestrichene Zeitungsberichte, durch Heimatsbriefe, die man angeblich bei gefangenen oder gefallenen Soldaten gefunden hat, und besonders durch die Schwindeleien jener Leute, die zum Feinde übergelaufen sind und nun ihr Vaterland schlecht machen. Wie es sich in Wirklichkeit mit unserm wirtschaftlichen Leben verhält, wissen unsere Leser aus eigener Anschauung: es ist viel Not im Lande und Millionen Familien haben schwer ums Dasein zu kämpfen, aber wir werden durchhalten, zumal da die Aussichten für die Zukunft bedeutend günstiger sind als bisher. Die Hoffnungen unserer Feinde auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands sind also durchaus hinfällig, und daß wir auch militärisch durchhalten, kann keinem Zweifel unterliegen. Worauf warten diese Leute noch? Sie glauben an ein Wunder, das ihnen Hilfe bringen soll; aber sie werden eines Tages mit Schrecken erkennen, daß sie sich schwer getäuscht haben.

Die merkwürdige Tatsache, daß der deutsche Friedenswille bei unsern Feinden so wenig Entgegenkommen findet, erklärt sich zum Teil daraus, daß bei uns eine ganz falsche Friedenspropaganda getrieben wird. Es gibt nämlich bei uns in Deutschland Leute, die in ihrem Eifer, den Frieden zu fördern, einen falschen Weg einschlagen und dadurch die Friedensbereitschaft der Feinde abschwächen. Sie betreiben eine Politik der Schwäche, indem sie nach allen Seiten hin die Friedenshand ausstrecken und in die Welt hinausposaunen, daß Deutschland bereit sei, einen Frieden um jeden Preis anzunehmen. Dadurch stärken sie lediglich die Siegeszuversicht der Feinde und damit auch ihre Abneigung gegen einen Frieden, der der gegenwärtigen Kriegslage entspricht. Sie flößen ihnen neuen Mut ein, weil sie die Aussicht auf einen endgültigen Sieg durchblicken lassen. Wer sich irgendwie in die Seelenstimmung unserer Feinde, besonders in den romanischen Ländern, hineingutersehen versteht, der wird es erklärlich finden, wenn das ununterbrochene Friedenswerben von unserer Seite in ihnen die Meinung weckt, daß uns das Messer an der Kehle sitze und daß es nur noch einer letzten Anstrengung bedürfe, um dem verhassten Gegner den Todesstoß zu versetzen. Und daß eine solche Meinung den Friedenswillen nicht fördert, braucht wohl nicht erst noch besonders gesagt zu werden. Leider leiten diese merkwürdigen Friedensfreunde durch ihre Propaganda den Feinden fortwährend Wasser auf ihre Mühle, indem sie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Innern unseres Landes in den grellsten Farben malen und dadurch den Anschein erwecken, als ob Deutschland nicht mehr ein und aus wisse. Obendrein schießen sie noch die innere Unzufriedenheit, säen den Samen der Zwietracht unter die Volksgenossen, verbreiten Uneinigkeit und gegenseitige Gehässigkeit und tragen durch alles dies zur Schwächung unseres Volkes und zur Ver-

schlechterung unserer Lage bei, ohne dem Frieden irgendwie zu nützen. Denn das erscheint doch völlig ausgeschlossen, daß ein schwaches Deutschland, das in aufbringlichster Weise um Frieden bettelt, irgendwo Gegenliebe finden könnte. Eine solche Methode bewirkt das gerade Gegenteil von dem, was damit beabsichtigt wird, weil sie die Feinde veranlaßt, erst dann Frieden zu schließen, wenn Deutschland besiegt am Boden liegt. Vielleicht wollen das manche dieser guten Leute, weil sie Zusammenbruchs-theoretiker sind; wenn sie dies aber nicht wollen, so muß man sich über ihre Kurzsichtigkeit und ihren Mangel an Kenntnis der Volksseele wundern.

Die sogenannte Friedenspropaganda, wie sie die linksradikalen betreiben, kann eigentlich nur von weltfremden Wollensdudschheimern betrieben werden, die die Welt durch einen Zerrspiegel betrachten und noch niemals einen ernstlichen Kampf mitgemacht haben. Wirkliche Kämpfer, die nicht nur mit dem Munde oder mit der Feder kämpfen, wissen ganz genau, daß das erste Erfordernis eines ehrenvollen Friedens ist, daß die Beteiligten in geschlossener Kampffront bis zum Ende ausharren. Bei einem gewerkschaftlichen Kampfe zum Beispiel würde man es für den schlimmsten Verrat erklären, wenn ein Streikführer die schwierige Lage seiner streikenden Kollegen in alle Welt hinausposaunen wollte, so daß die Unternehmer den Eindruck gewinnen, es gehe mit der Kraft der Streikenden zu Ende. Im Gegenteil muß alles aufgeboten werden, um den Unternehmern die Ueberzeugung beizubringen, daß die Reihen der Streikenden fest und geschlossen dastehen, selbst wenn die Hilfsmittel knapp und manche Streikenden schon wankend werden. Was würde man von einem Streikführer sagen, der mit emsiger Gestiffenheit den Unternehmern fortwährend die Friedenshand reichen wollte unter der Bedingung, die Streikenden seien bereit, um jeden Preis Frieden zu schließen? Und wie würde man über einen Streikenden urteilen, der in der Öffentlichkeit immer von neuem wieder den Vorstand aufforderte, er solle dem Kampfe ein schnelles Ende machen? Feiglinge oder Dummlöpfe, wenn nicht gar Verräter würde man solche Leute nennen. Da haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands doch einen ganz andere Taktik gelernt: sie halten durch, wenn auch das Wasser ihnen bis an den Hals geht und wenn sie auch noch so bereit sind zum Frieden.

In dem schweren Kampfe um seine Existenz, den das deutsche Volk zu führen hat, liegt es ganz genau so. Auch hier kann nur eine Politik der Stärke den Frieden beschleunigen, während eine Politik der Schwäche den Krieg in die Länge zieht. Die Friedenspropaganda, die den Frieden um jeden Preis erstrebt, bestärkt lediglich unsere Feinde in der Hoffnung auf den Sieg und in ihrer Abneigung gegen den Frieden; nur jene Propaganda hat Sinn und Zweck, die sich dem Feinde gegenüber keine Illusionen gibt, sondern mit Kraftbewußtsein das Ziel, einen ehrenvollen Frieden, im Auge behält.

Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Inermesslich sind die Schädigungen an Lebensglück und Arbeitskraft, die dieser furchtbare Weltkrieg mit sich gebracht hat und noch täglich weiter bringt. Es muß darum eine der wichtigsten Aufgaben des Staates sein, den Opfern des Krieges, den Kriegsbeschädigten, die weitgehendste Hilfe zu bringen, ihnen soweit wie nur irgend möglich ihre Arbeitskraft wieder herzustellen und, wo unmöglich, sie in ihre bürgerlichen Berufe zurückzuführen. Mit Genehmigung ist es zu begründen, wie in der Kriegsbeschädigtenfürsorge sich aus allen Kreisen des deutschen Volkes die Kräfte vereinigt haben, um hier nutzbringend für das Allgemeininteresse zu wirken. Die im Anfang meist zerstückelt gebildeten Fürsorgestellen sind nach und nach zu einer nach einheitlichen Gesichtspunkten geordneten Organisation zusammengefaßt worden, deren Aufgabe sich heute über das ganze Reich erstreckt. In besonderem Maße anerkanntenswert ist die großzügig entwickelte praktische Tätigkeit der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Hamburg und Altona, deren Organisation und vielfältige Aufgaben den Mitgliedern unseres Hauptverbandes und der Hilfsverwaltung durch die Vermittlung unseres Bezirksleiters und des Angestellten des Metallarbeiterverbandes, Wlod in Altona, die beide in der Fürsorge tätig sind, kennen zu lernen möglich war.

1. Kriegsbeschädigtenfürsorge in Altona.

Für die Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Schleswig-Holstein wurde Mitte April 1916 eine Provinzial-Fürsorgestelle geschaffen, deren Leitung der Landeshauptmann übernahm. Jeder Stadt- und Landkreis erhielt eine Kreisfürsorgestelle. Für Altona trat die schon früher geschaffene Kriegsbeschädigtenfürsorge als Kreisfürsorge der Provinzialorganisation bei. An der Spitze der Fürsorge in Altona steht eine Städtische Kommission, bestehend aus Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten und dem Direktor Herrn Bauersfeld, dem die Organisation und Leitung übertragen ist, der auch im Arbeitsauschuß und den einzelnen Unterausstellungen den Vorsitz führt. Der Arbeitsauschuß setzt sich zusammen aus etwa 150 Personen. Ueber seine Gliederung und Aufgaben gab uns Herr Direktor Bauersfeld bereitwillig alle nähere Auskunft. So kommen als Unterausstellungen in Betracht:

1. Der Ausschuß für ärztliche Nachbehandlung. Ihm gehören Chirurgen, Nervenärzte, Laryngologen usw. an. Ihre Tätigkeit üben sie unentgeltlich aus. Der ärztliche Ausschuß untersucht die Kriegsbeschädigten, sobald sich nach ihrer Entlassung irgendwelche Krankheitserscheinungen wieder zeigen, und macht die notwendigen Vorschläge. Sind es leichtere Erkrankungen, so übernimmt ein Arzt die Behandlung unentgeltlich. Medikamente zahlt die Fürsorge, wenn die Krankentassen nicht verpflichtet sind. Sind es ernstere Erkrankungen, die als eine Folge des Krieges anzusehen sind, so veranlaßt der Arbeitsauschuß die Meldung an das Bezirkskommando. In verschiedenen Fällen hat der Ausschuß bei der Militärbehörde oder auch bei der Invalidenversicherung Heilanstaltsbehandlung beantragt und durchgesetzt. Die Fürsorge selbst konnte gegen zwölf Kriegsbeschädigte auf mehrere Monate zur Erholung aufs Land schicken.

2. Ausschuß für Berufsberatung. Ihm gehören Direktoren und Lehrer von Fach- und Fortbildungsschulen, Handwerksmeister, Fabrikanten, Kaufleute und Arbeitnehmer aus den verschiedensten Berufsständen an. Ferner Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Vertreter vom städtischen Arbeitsnachweis.

Um an die Kriegsbeschädigten in den Lazaretten heranzukommen, hat jedes Lazarett ein bis zwei Vertrauensleute (Mitglieder der Fürsorge), die wöchentlich zu verschiedenen Tagen und Stunden das Lazarett aufsuchen und den Anlässen von den Bestrebungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, ihren Ansprüchen an die Militärverwaltung, Invalidenversicherung usw. erzählen. Ist der Kriegsbeschädigte fähig, das Lazarett zu verlassen, so wird er der Geschäftsstelle zugeführt. Dort wird ein Fragebogen über ihn ausgefüllt und die Frage erörtert, was die Fürsorge für ihn weiter tun kann. Anfangs war der Wunsch unter den Kriegsbeschädigten, ihren alten Beruf zu verlassen und besonders Boten- oder Staatsstellungen zu bekommen, ein sehr reger. Heute hat er zum Glück ganz nachgelassen. Die Berufsberatung erstrebt, den Mann, wenn irgend möglich, in seinem Berufe zu belassen. Allerdings muß seine Arbeitsfähigkeit im alten Beruf noch so weit erhalten sein, daß er einigermaßen mit gefunden Leuten mitarbeiten kann.

Die Berufsberatung wird in der Geschäftsstelle Altona für etwa 50 bis 60 pZt. erledigt durch die Herren von der Geschäftsstelle und dem Arbeitsnachweis. Eine sehr veranwortungsvolle, viel Erfahrung und Takt erfordernde Tätigkeit entfällt hier auf den pädagogischen Berater Herrn Kasperow. Die schwierigen Fälle werden von einer Kommission erledigt, die besonders für jeden einzelnen Fall zusammengekehrt wird und jeden Freitag tagt. In dieser Sitzung nehmen teil: Militär- und Zivilärzte, Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus dem alten und dem in Aussicht genommenen neuen Beruf. Die Entscheidung bleibt natürlich dem Kriegsbeschädigten selbst überlassen. Ein Zwang, den ihm vorge schlagenen Beruf anzunehmen, wird in keiner Weise ausgeübt. Kommen Berufscollegen in Frage, wird Kollege Buch-Hamburg hinzugezogen.

3. Der Ausschuß für Berufsunterweisung und Ausbildung. Für die theoretische Ausbildung sind in größerer Zahl Unterrichtsstufe eingerichtet; für die praktische Ausbildung sind in der königlichen Fachhochschule unter der umsichtigen Leitung des Professors Kölling und in der Fortbildungsschule Weingarten Werkstätten eingerichtet, in denen der Kriegsbeschädigte sich mit seinen verbleibenden oder seinen künftigen Geschäften etwas einarbeiten kann. In seine Weiterbildung so weit gediehen, daß er in einer Fabrik arbeiten kann, so wird er dieser überwiesen. Den nötigen Urlaub erteilt die Militärverwaltung.

Weiter ist es gelungen, sämtliche Kriegsbeschädigte unterzubringen. Die Bezahlung erfolgt nach den Leistungen; doch ist für die Schützen bei Ergreifung eines neuen

Berufes ein Mindestlohn festgesetzt. Für die Landwirte ist eine Dienstadt und ein mehr als ein Hektar großes landwirtschaftliches Versuchsfeld eingerichtet, auf dem täglich 30 bis 40 Kriegsbeschädigte Landwirte arbeiten.

Jüngeren und gut veranlagten Kriegsbeschädigten wird auch der Besuch von Fachschulen, der mehrere Jahre in Anspruch nimmt, ermöglicht. So wurden Ostern dieses Jahres zwölf Kriegsbeschädigte der königlichen Maschinenbauschule in Altona auf zwei Jahre und sechs der Baugewerkschule in Hamburg auf zweieinhalb Jahre überwiesen. Die Fürsorge zahlt, soweit die gewährten Renten zum Lebensunterhalt nicht ausreichen, Zuschüsse. Lehrmittel gewährt die Fürsorge unentgeltlich. Verschiedene Kriegsbeschädigte haben inzwischen ihre Prüfungen in der königlichen Navigationsschule Altona abgelegt.

4. Der Ausschuß für Arbeitsvermittlung. Die Arbeitsvermittlung führt der Städtische Arbeitsnachweis aus, gegebenenfalls unter Inanspruchnahme der einzelnen Altonaer Facharbeitsnachweise. Handelskammer und Handwerkskammer unterstützen den Nachweis. Zunächst wird versucht, den Kriegsbeschädigten beim alten Arbeitgeber unterzubringen und erst, wenn dieses nicht gelingt, sucht der Nachweis eine neue Stelle für ihn. Bei der Unterbringung, besonders der schwer Kriegsbeschädigten, bildet der Fabrikantenausschuß eine wesentliche Hilfe.

Der Arbeitsnachweis übt, was besonders hervorzuheben ist, eine dauernde Kontrolle über die Kriegsbeschädigten aus. In regelmäßigen Abständen schickt er eine Vertrauensperson in die Familie, um sich dort nach dem Befinden des Besonderen und des Kriegsbeschädigten zu erkundigen. Diese Kontrolle hat der Fürsorge, wie uns versichert wurde, schon oft Gelegenheit gegeben, helfend einzugreifen. Daß diese Kontrolle, besonders für die Schwerverbeschädigten, dauernd bestehen bliebe, wäre zu wünschen.

5. Ausschuß für Lazarettbeschäftigung. Kriegsbeschädigte, die Versteifungen oder Verstümmelungen an Armen oder Händen haben, werden schon im Lazarett auf Anordnung des Arztes an Stelle der medicomachinischen Behandlung mit kleineren leichteren, meist Holzarbeiten, beschäftigt. Die Fürsorge hat für jedes Lazarett eine Werkstatt eingerichtet, in der diese Beschäftigung durch Herren der Fürsorge beaufsichtigt wird. Kranke, die das Bett noch nicht verlassen können, können auch zu ihrer Unterhaltung leichte Arbeiten im Bett verrichten. Das gesamte Material, das für die Beschäftigung verbraucht wird, stellt die Kriegsbeschädigtenfürsorge unentgeltlich zur Verfügung. Die Sachen bleiben jedoch Eigentum des Verwundeten.

Die erheblichen Mittel, die die Kriegsbeschädigtenfürsorge verbraucht, werden vom Landeshauptmann gewährt, dessen Kasse wieder aus folgenden Quellen Zuschuß erhält: Reich, Provinz, Landesversicherungsanstalt und Rotes Kreuz. Zu bedauern ist nur, daß die vom Reich gewährten Mittel nur außerordentlich gering sind. Dringend notwendig wäre deshalb, daß im Reichstage diese Angelegenheit gründlich erörtert und ein höherer Zuschuß bewilligt würde. (Schluß folgt.)

Von unsern Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz erhielten die Mitglieder der Filiale Mannheim: Michael Zimmermann, Ludwig Hamm und Viktor Henßl außerdem die badische Verdienstmedaille.

Aus unserm Beruf.

Stettin. Ein weiterer Fall, daß Kollegen durch Farbandustriehinrichtungen geworden sind, spielte sich auch in Stettin ab. Zwei unserer Kollegen von der Vulkanwerkstatt waren ebenfalls mit Anstreicherarbeiten im Innern eines Schiffes beschäftigt. Durch Zufall wurden die beiden Kollegen von einem Offizier in ohnmächtigem Zustande entdeckt und mittels Laue an Deck geschafft. Ein hinzugerufener Arzt leistete sofort Hilfe und nach längerer Zeit kamen die Betroffenen wieder zu sich. Glücklicherweise machten sich keinerlei Beschwerden bemerkbar, und so konnten die Kollegen ihre Arbeit wieder fortsetzen.

Es ist dem Zufall zu danken, daß die Wirkung der Ausdünstungen von der Farbe durch schnelles Eingreifen abgeschwächt wurden, wer weiß, wie es sonst heute mit den Kollegen stände.

Baugewerbliches.

Zur Lage im Baugewerbe. Von den aus den verschiedenen Gebieten Deutschlands an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Verbänden stellte eine größere Zahl für den Monat Juni eine Verbesserung fest. So wird namentlich für Westpreußen wie zum Teil für Groß-Berlin der Geschäftszug als gut bezeichnet. Die Lage hat sich danach nicht nur dem Vormonat, sondern auch dem Vorjahr gegenüber gebessert.

Die Zeitschrift „Baumaterialien-Markt“ in Leipzig berichtet: Verschiedene große Baufirmen bezeichneten die Lage im Juni als gut. Hierbei handelt es sich naturgemäß um solche Firmen, die Bauten für Heeresbedarf errichten. Eine ganze Reihe von Städten hat Bauausführungen, die schon für die Vorjahre geplant waren, aber wegen des Krieges zurückgestellt wurden, in den Anschlag für 1916 eingesezt, die nunmehr nach Möglichkeit in Angriff genommen werden sollen. Die Errichtung von Kleinwohnungsanstellungen macht erfreulicherweise weitere Fortschritte, und es werden auch immer mehr Pläne betreffs der Einrichtung von Kriegerwohnungen bekannt. Von den letzteren sind als neu zu nennen: Anstellungen in Cassel, Kiel, Krehenbrück (Odenburg), Steinhagen (Weiß). Der Wiederaufbau der zerstörten Teile Ostpreußens wird weiter rege gefördert. Für den Ausbau von Landstraßen stehen der Provinzialverwaltung für 1916 über 2.500.000 zur Verfügung, die zum Ausbau der bestehenden sowie zur Anlage neuer Straßen verwendet werden sollen. Die Vorarbeiten zur Elektrifizierung Ost-

preußens schreiten rüstig vorwärts. Es werden sich sechs Einzelzentralen bilden, und zwar in Gerbaven, Braunsberg, Memel, Osterode, Allenstein, Osterode und Neichenbach.

Nach dem Bericht der „Lohnindustrie-Zeitung“ hat sich die Lage des Baumarcktes im Monat Juni im allgemeinen kaum geändert. Ueber private noch öffentliche Bautätigkeit zeigen eine bemerkenswerte Belebung; nur in einigen Orten Süddeutschlands, besonders in Lothringen, trat eine leichte Besserung ein, und auch die Bautätigkeit im ostpreussischen Wiederaufbaugelände machte weitere Fortschritte. Hier ist besonders der Wiederaufbau in Dardelshausen flott im Gange. Ebenso wie in der Stadt ist auch die Wiederaufbautätigkeit auf dem Lande sehr rege, was insbesondere der Wiederaufbau von Anstalten in Angriff genommen wurde. Im Kreise Barten macht der Wiederaufbau ebenfalls rasche Fortschritte, ebenso im Kreise Heidenburg. Das Dorf Ussau ist nunmehr auch im Wiederaufbau begriffen. In Löben wurde mit dem Bau eines Elektrizitätswerkes begonnen, im Kreise Löben mit der Errichtung von Anstalten auf der Feldmark Grünhoff. In Guttin, im Kreise Syd, wurde der Wiederaufbau des Bahnhofgebäudes in Angriff genommen; in Stallupönen ist die Genehmigung für den Wiederaufbau von zwölf Grundstücken erteilt worden. Auch im Kreise Labiau macht der Wiederaufbau erfreuliche Fortschritte. Es steht zu erwarten, daß bis Ende dieses Jahres die in diesem Kreise zerstörten 255 Wohn- und Wirtschaftsgebäude wieder aufgebaut sein werden. Auch in Dornau ist die Bautätigkeit bereits stark fortgeschritten; 45 Wohnhäuser, Rathaus, Schlachthaus, Postgebäude sowie eine Anzahl gewerblicher und industrieller Bauten sind hier in Angriff genommen worden. Auch in Willkallen sind die Vorbereitungen für eine rege Bautätigkeit getroffen. In Braunsberg ist die Bautätigkeit verhältnismäßig gering; ebenso ist sie in Tilsit weniger lebhaft; doch macht sich im Kreise Tilsit starker Aufwandsbetrieb bemerkbar, ebenso im Kreise Magrit. Auch in Königsberg hat sich die Bautätigkeit durch Wohnhausbauten und Bauten gewerblicher und industrieller Betriebe etwas belebt. In Elbing und Neuteich liegt die Bautätigkeit sehr darnieder. In Marienburg hat die öffentliche Bautätigkeit gegen die Vormonate noch keine Veränderung erfahren; indes ist nunmehr von der Behörde der Bau der neuen Eisenbahnnebenverkehre beschlossen worden. In Graubenz werden außer einigen Bauten nur noch einige kleine Einfamilienhäuser für Siedlungsbede errichtet. In Bromberg ruhte die Privatbautätigkeit vollständig; behörliche Bauten kommen nur in geringem Umfang und vereinzelt vor. In Posen zeigte nur die öffentliche Bautätigkeit etwas Belebung, unter anderem kamen einige Arbeiterfürsorge-Wohnungen zur Ausführung. Im südwestlichen Holstein waren öffentliche und private Bautätigkeit mit Ausnahme einiger Erweiterungsbauten durchaus leblos. Auch in Weserlingen ruhte die Bautätigkeit mit Ausnahme für einige industrielle Unternehmungen. In Bausen ist die private und öffentliche Bautätigkeit auf ein Mindestmaß gesunken, in Holzminden lagen öffentliche und private Bautätigkeit ganz still. In Wilhelmshaven war wenigstens die behörliche Bautätigkeit recht rege, in Schwerin sind eine Anzahl privater und öffentlicher Bauten in Betrieb, in Hagen (Kreis Rastow) wird eine Schule gebaut, in Stettin sind 8 Millionen Mark für eine Umschlagstelle für Massengüter im Freihafen bewilligt, in Ravelin soll eine Fabrik errichtet werden, in Berlin und Umgebung werden trotz großen Mangels an geübten Bauhandwerkern in den verschiedensten Orten bauliche Veränderungen vorgenommen und teilweise auch Neubauten aufgeführt; in Wittenberge war die Bautätigkeit noch sehr rege. In Hameln war sie wenigstens etwas besser als im Vormonat. In Bremen ging sie weiter zurück. In Lothringen beginnt die öffentliche Bautätigkeit etwas reger zu werden, da Schulen und Kirchen, die vom Feinde zerstört wurden, wieder aufgebaut werden sollen. Im lothringischen Industriegebiet werden nach wie vor keine Neubauten und Arbeiterwohnhausneubauten, besonders für die Eisenbahn und größeren Hüttenwerke, ausgeführt. In der Weiser Gegend ist einstweilen jede Bautätigkeit ausgeschlossen wegen des sich hier immer fühlbarer machenden Arbeitermangels. In Worms und Mainz hat sich die Bautätigkeit etwas belebt. In Nordbaden wurden nur von privater Seite Ausbesserungen und kleinere Bauten ausgeführt. In Stuttgart sind sehr lebhaft Bauarbeiten im Gange. Größere Arbeiten sind an einigen öffentlichen Bauten auszuführen. In München wurden Neubauten fast gar nicht in Angriff genommen. Tiefbauten ruhen bis auf einige kleine Kanalbauten. In Passau wurde nur bei industriellen Werken gebaut. In Südbaden und in den Vororten und der weiteren Umgebung Kölns wurden einige kleine Neubauten an Fabriken beziehungsweise industrielle Bauanlagen ausgeführt. Die Bechen der Umgegend Dortmunds trugen durch Erweiterung ihrer Kolonnen zur Belebung des Baumarcktes etwas bei. In Dortmund selbst wurde der Postneubau weiter fortgeführt, und in Erfeld werden größere Neubauten an den Erfelder Mühlenwerken vorgenommen; vom Staat werden die Landgerichtsbauten errichtet.

Gewerkschaftliches.

Der Porzellanarbeiterverband hat eine Erweiterung seiner Unterstützungsrichtungen beschlossen. Die vollständige Wiedereinführung der statutarischen Unterstützungsbestimmungen, so wie sie vor dem Kriege in Kraft waren, läßt sich jedoch noch nicht verwirklichen, weil die Lage in der Industrie immer noch recht ungünstig ist.

Der Verband der Glasarbeiter hatte nach dem Kriegsausbruch eine große Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Es mußte deshalb der größte Wert darauf gelegt werden, in gemeinsamer Verhandlung mit den Industriellen für die Arbeitslosen Beschäftigung zu finden. Da die Glasindustriellen jedoch bisher zu den schärfsten Gegnern der Gewerkschaftsbewegung zählten, so war es schwer, den Weg zu einer Verständigung zu finden. Die Verbandsleitung ist trotzdem an die Industriellen herantreten und hat diese um eine gemeinsame Aussprache ersucht, der bald weitere folgten. In den Verhandlungen wurde dann zugesichert, daß die Be-

triebe soweit wie nur irgend möglich geöffnet und die Arbeitslosen eingestellt werden sollten. Bereits im Frühjahr 1915 fanden sich arbeitslose Glasarbeiter nicht mehr. Die Flaschenindustrie hatte größere Aufträge von der Heeresverwaltung erhalten und die Konservenindustrie hatte reichliche Aufträge für Konservengläser erteilt, so daß die Glasindustrie sehr stark beschäftigt war. Und da die vielen Einberufungen zum Heeresdienst die Reihen der Arbeiter stark gelichtet hatten, war ein fühlbarer Mangel an Arbeitskräften zu verzeichnen, der auch noch heute besteht.

Die gewaltige Teuerung zwang die Organisation wiederholt, wegen Teuerungszulagen an die Industriellen heranzutreten. Statistisch konnte denn auch festgestellt werden, daß für 4871 Mitglieder an 75 Orten wöchentliche Lohnerhöhungen von M. 15 877 erreicht wurden. Das ist sicher ein erfreuliches Resultat, angesichts der gewaltigen Teuerung allerdings für die Arbeiter nicht sonderlich zufriedenstellend. Es ist jedoch um so höher zu bewerten, wenn man erwägt, daß auch im Verband der Glasarbeiter ein erheblicher Teil der Mitglieder dem Verbandsverbande nicht die Treue bewahrt. Beim Kriegsausbruch zählte die Organisation rund 19 000 Mitglieder und schon die Durchschnittszahl im Jahre 1914 betrug nur 18 108, während die Durchschnittszahl im Jahre 1915 auf 6185 Mitglieder zurückging. Am Jahreschluß 1915 waren nur noch 5958 Mitglieder vorhanden, 4765 wurden der Organisation untreu, während 9211 zum Heeresdienst einberufen wurden. Auf Grund dieses Rückgangs sind auch die Verbands-einnahmen recht erheblich gesunken. Im Jahre 1914 betrug die gesamte Einnahme, trotz der fünf Kriegsmo-nate, in denen der größte Teil der Mitglieder arbeitslos war und seine Beiträge zahlte, M. 404 860, während im Jahre 1915 nur eine Gesamteinnahme von M. 192 518 vorhanden war. Die Ausgaben betragen 1914 M. 601 098, 1915 dagegen nur M. 160 880. 1914 wurden allein an Unterstützungen M. 441 887 verausgabt; dagegen sind die Ausgaben 1915 bedeutend gesunken. Das Jahr 1914 verschlang allein für Unterstützung der Arbeitslosen M. 272 052, während im Jahre 1915 nur M. 19 172 für Arbeitslose aufgewandt zu werden brauchten. Dieser Betrag wurde vornehmlich im ersten Quartal verwandt. Zur Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer wurden M. 88 280 ausgegeben, für Umzugsunterstützung M. 2687, für Sterbegeld M. 4898 und für Krankenunterstützung, die ab 1. August 1915 wieder eingeführt wurde, M. 7411. Angesichts der gewaltigen Anforderungen, die an die Verbandskasse gestellt wurden, ist das Verbandsvermögen erheblich gesunken. Die hohen Aufwendungen, die im Jahre 1914 für die Arbeitslosen gemacht werden mußten, hatten zur Folge, daß der Kassenbestand, der am Jahreschluß 1914 M. 824 688 betrug, am Jahreschluß 1915 auf M. 128 447 sank; am Schluß des Jahres 1915 flog der Bestand auf M. 160 186. Trotz des gewaltigen Zusammenbruchs der Industrie hat der Verband der Glasarbeiter auch während der Kriegszeit sich als ein Schutzbündnis für seine Mitglieder gezeigt und wird auch nach dem Kriege stark genug sein, sein kulturförderndes Wirken mit ganzer Kraft aufnehmen zu können.

Erhebungen über die Frauenarbeit im Baugewerbe. Der Deutsche Bauarbeiterverband nimmt während des Monats August in allen Zweigvereinen Erhebungen über die Frauenarbeit im Baugewerbe vor. Es soll festgestellt werden, wie groß die Zahl der Frauen ist, die Bauarbeit verrichten, bei welcher Art von Arbeit sie tätig sind und wie sie entlohnt werden. Das Ergebnis der Erhebungen soll entscheidend sein für die Frage, ob der Deutsche Bauarbeiterverband, der bisher nur männliche Mitglieder aufnahm, auch der Organisierung der Frauen näherzutreten soll.

Der Zimmererverband nach zwei Kriegsjahren. Der Zentralverband der Zimmerer ist nach dem in seinem Organ, dem „Zimmerer“, veröffentlichten Bericht durch die zwei Kriegsjahre zwar an Mitgliedern geschwächt, im übrigen aber unerschüttert. Das erste Kriegsjahr brachte einen Verlust von 105 Bahlstellen und 89 195 Mitgliedern. Mit 714 Bahlstellen und 23 478 Mitgliedern trat der Zimmererverband in das zweite Kriegsjahr ein, gegenüber 819 Bahlstellen und 62 673 Mitgliedern zu Beginn des großen Völkerrings. Wie groß der ziffermäßige Verlust ist, den das zweite Kriegsjahr gebracht hat, läßt sich zurzeit noch nicht feststellen, weil die Bahlstellen- und Mitgliederübersicht für das zweite Vierteljahr 1916 noch nicht vorliegt. Bis Abschluß des ersten Vierteljahres 1916 mußte der Verband einen Verlust buchen von 54 Bahlstellen und 5014 Mitgliedern, so daß sich der Totalverlust während der Kriegsdauer bis dahin auf 159 Bahlstellen und 44 209 Mitglieder stellte. Indessen hat es den Anschein, als ob der Zimmererverband den tiefsten Mitgliederstand bereits erreicht hätte, wenn er nicht überhaupt schon überschritten ist. Denn die Kriegstatistik läßt vom ersten zum zweiten Vierteljahr 1916 bereits ein leichtes Ansteigen der Mitgliederzahl erkennen.

Die Finanzgebarung des Zentralverbandes der Zimmerer während der Kriegsdauer ist durchaus befriedigend. Bei Kriegsausbruch betrug das Verbandsvermögen M. 4 834 945,58; davon in der Verbandshauptkasse M. 3 852 923,14 und in den Lokalkassen M. 936 037,84, außerdem in den Bahlstellen verbliebene Hauptkassengelder M. 45 984,60. Nach Ablauf des ersten Kriegsjahres bezugsweise nach der Abrechnung für das zweite Vierteljahr 1915 stellte sich das Verbandsvermögen auf M. 4 888 418,55; davon in der Verbandshauptkasse M. 4 060 723,43 und in den Lokalkassen M. 795 439,29, außerdem in den Bahlstellen verbliebene Hauptkassengelder M. 32 255,83. Die Abrechnung für das zweite Vierteljahr 1916 ist noch nicht fertiggestellt, deshalb vermögen hier vergleichsweise die Schlussummen für das erste Vierteljahr 1916 Erwähnungen finden. Dieses Vierteljahr schloß ab mit einem Verbandsvermögen von M. 5 054 162,25; davon in der Verbandshauptkasse M. 4 281 798,68 und in den Lokalkassen M. 761 203,40, außerdem in den Bahlstellen verbliebene Hauptkassengelder M. 11 160,17. Der Verband kann somit bis dahin nicht nur keinen Rückgang, sondern ein langames Anwachsen des Verbandsvermögens feststellen. Zwar haben sich die Bestände in den Bahlstellen nicht unerheblich verringert, hingegen weist der Vermögensbestand in der Verbandshauptkasse eine erfreuliche Zunahme auf.

Die Teuerung zwang den Verband zu einer Aktion, die nach Ueberwindung mannigfacher Schwierigkeiten die

Gewährung von Teuerungszulagen von 7 bis 11 % durchsetzte. Die Teuerung war es auch vornehmlich, die die Verbandsinstanzen wiederholt zu einer Unterstützung an die Familien unserer zum Kriegsdienst eingezogenen Verbandsmitglieder Stellung nehmen ließ. Im ersten Kriegsjahre ist eine solche Unterstützung dreimal zur Auszahlung gelangt, und zwar im Oktober und Dezember 1914 sowie zu Pfingsten 1915. Im zweiten Kriegsjahre wurde sie zweimal gezahlt, und zwar zu Weihnachten 1915 und im Juni 1916. Die Gesamtsumme, die für Unterstützung der Kriegerfamilien bis jetzt ausgegeben ist, beläuft sich auf über M. 900 000; sie läßt sich erst genau angeben, wenn über die letzte Auszahlung vom Juni dieses Jahres Rechnung gelegt ist. Es konnte für diesen Zweck ein so hoher Betrag deshalb ausgeworfen werden, weil erfreulicherweise für Arbeiterunterstützung nur unwesentliche Mittel benötigt wurden.

Seiner sonstigen Aufgaben ist der Zentralverband der Zimmerer auch im zweiten Kriegsjahre in jeder Hinsicht gerecht geworden. Wo immer sich Gelegenheit bot, ist er für seine Mitglieder besorgt gewesen, sowohl wenn es galt, ihre Ansprüche gegenüber den Unternehmern wahrzunehmen, als auch bei Einberufung außergewöhnlicher, durch den Krieg und seine Wirkungen verursachter Notlage.

Arbeiterversicherung.

Aus der „Gewöhnungspraxis“ der Berufs-unfallgenossenschaften. Eine verständige Entscheidung fällt am 8. August das Oberversicherungsamt Erfurt. Der Sachverhalt ist folgender: Der Verführer Graf in Schmiedefeld (Kreis Schleusingen) verunglückte im Jahre 1898 so schwer, daß ihm das rechte Bein abgenommen werden mußte und er lange Zeit, auch jetzt noch zuweilen wochenlang, bettlägerig war. Die Brauerei- und Mälzerei-berufsgenossenschaft setzte die Rente dauernd auf 100 pSt. im Betrage von monatlich M. 50 fest. Am 1. Dezember 1915 wurde dem Graf mitgeteilt, daß seine Rente um 20 pSt. gekürzt werde, weil in seinem Zustande eine „Besserung“ eingetreten sei und er sich auch an den Verlust des Beines gewöhnt habe. Ein Gutachten eines Herrn Professors Babst lautete dahin, daß Graf zu leichter Heimarbeit fähig sei und bei der ausgedehnten Glasindustrie in Schmiedefeld unschwer Arbeit finden könne. Daß G. übrigens schon Arbeit verrichte, bewiesen dessen schwierigen Hände. Demgegenüber betonte der Ortsvorsitzer von Schmiedefeld, daß es ausgeschlossen sei, daß G. irgendwelche Arbeiten verrichten könne; denn Krüppel würden auch in der dortigen Industrie nicht beschäftigt. Die Frau des Klägers betonte vor dem Oberversicherungsamt, daß ihr Mann das künstliche Bein nicht tragen könne, weil es zu lang sei, und die Schwielen in den Händen seien durch das Festhalten der Krücken entstanden. Das Oberversicherungsamt sprach dem Kläger die Vollrente wieder zu. Von einer Besserung an den Verlust des Beines könne keine Rede sein, ebensowenig von einer Besserung der Arbeitsfähigkeit und auch die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes sei nicht so, daß G. Beschäftigung finden könne.

Sozialpolitisches.

Verbandsaufnahme von Seim. In einer am 6. August im Reichsamt des Innern mit Vertretern der Heimhersteller, des Heimhandels und Verbraucher gegliederten Besprechung wurde über Maßnahmen gegen die auf dem Seimmarkt herrschenden Preisstreiberien beraten. Vorgeschlagen wurde eine einheitliche Bewirtschaftung des Seimes jeder Art, insbesondere des Leder-, Knochen- und Fischseimes unter Festsetzung von Höchstpreisen. Um genaue Unterlagen für eine Entscheidung in diesem Sinne zu erhalten, wurde zunächst beschlossen, eine Vorrats- und Bedarfserhebung zu veranstalten. Bei der Vorratserhebung soll Anmeldung der Bestände am 1. August 1916 und an einem noch zu bestimmenden Tage nach Erlaß einer entsprechenden Verordnung verlangt werden.

Keine Seife zu Scheuerzwecken. Amtlich wird bekanntgegeben: Die Notwendigkeit, mit Seife zu sparen, scheint noch nicht überall eingesehen zu werden. So kommt namentlich aus Hausbesitzkreisen die Klage, daß die Beschaffung der zur Reinigung von Treppen, Fluren usw. erforderlichen Seifenmengen auf so große Schwierigkeiten stoße. Es sei „unmöglich“, die starkem Verkehr ausgelegten Treppen ohne Seife zu säubern. In einer Berliner Zeitung erhob ein Hauseigentümer lebhaft Beschwerde, daß ihm bei seiner Brotkommission die Ausstellung einer besonderen Seifenbezugskarte verweigert worden sei (wie sie für technische Betriebe und Gewerbetreibende, insbesondere Waschanstalten vorgesehen ist), ebenso auch die Ausfertigung einer Zusatzseifenkarte (wie sie Ärzte, Hebammen und Krankenhäuser, unter Tag arbeitende Kohlengrubenarbeiter und Schornsteinfeger erhalten). Solchen Klagen gegenüber kann nur auf die offenbar noch nicht hinlänglich bekannte Bestimmung in § 9 der Verordnung vom 21. Juli d. J. (Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und fetthaltigen Waschmitteln) verwiesen werden, die die Verwendung von Seife, wie überhaupt von Waschmitteln, die unter Verwendung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten oder daraus gewonnenen Ölen und Fettsäuren hergestellt sind, zu Fuß- und Scheuerzwecken ausdrücklich verbietet. Die Abgabe von Schmierseife an Private ist, abgesehen vom Monat August 1916, überhaupt untersagt. (§ 2 Abs. 1 derselben Verordnung.) Demnach werden sich die Hausbesitzer und ihre Angestellten für die Zwecke der häuslichen Reinigung mit andern Mitteln (Sand usw.) behelfen müssen.

Die Lebenshaltung im Krieg und Frieden. Die Steigerung der Ausgaben für und der Rückgang im Verbrauch an einigen wichtigen Lebensmitteln im Kriege in einer vierköpfigen Familie ergibt sich nach der Erhebung des Kriegsausschusses für Konsuminteressen in zunächst zehn deutschen Städten (Berlin, Hamburg, Frank-

furt a. M., Hannover, Karlsruhe, Münster i. W., Offenbach, M., Oldenburg, Konstanz, Neuß), verglichen mit der Friedenserhebung des Kaiserlich Statistischen Amtes vom Jahre 1908, aus folgender Uebersicht:

Gruppierung der Lebensmittel	Mehr (+) bzw. Minder (-) Ausgaben im Monat		Mehr (+) bzw. Minder (-) Verbrauch im Monat	
	absolut in Mark	in Prozenten	absolut in Gramm	in Prozenten
Brot und Backwaren	+ 5,60	+ 46,90	- 19284	- 85,49
Kartoffeln	+ 5,89	+ 286,14	+ 17878	+ 50,02
Butter, Margarine, Fette	+ 6,45	+ 68,89	- 2566	- 46,78
Fleisch, Fleischwaren	+ 5,92	+ 28,79	- 7878	- 56,14
Fische, auch geräucherter	+ 5,07	+ 890,00	-	-
Eier	+ 6,57	+ 248,86	- 7 Stk.	- 14,00
Milch	+ 2,08	+ 24,64	- 16,2	- 29,88
Käse	+ 2,97	+ 226,71	-	-
Kaffee und Kaffee-Ertrag	+ 3,76	+ 188,94	- 441 g	- 36,23

¹ Nach den Erhebungen des Metallarbeiterverbandes 1909. ² Im Frieden nicht ermittelt. ³ Nicht ermittelt. ⁴ Nur Bohnenkaffee.

Insgesamt waren für die vorstehenden Lebensmittel im Monat M. 44,11, das sind 78,47 pSt., mehr ausgegeben als im Frieden. Trotz des sehr erheblich verminderten Verbrauchs also eine ganz unerträgliche Mehrbelastung.

Polizei und Gerichte.

Die Ausbildungszeit der Rekruten gilt nicht als „Teilnahme an Kriegereignissen“! Das Landgericht in Leipzig hat am 6. Juli 1915 so entschieden. Der in Folge des Krieges zu den Fahnen einberufene Ehemann der Klägerin war während seiner Ausbildung als Ersatzrekrut im Inland an einer hiermit nicht im Zusammenhang stehenden Unterleibsentzündung erkrankt und am 20. Februar 1916 in einem inländischen Militärlazarett verstorben. Er war seit dem 18. Mai 1911 bei einer Versicherungs-gesellschaft mit M. 4000, zahlbar beim Ableben oder spätestens am 31. Mai 1947, unter Ausschluß der Kriegsgesfahr versichert. Die allgemeinen Versicherungsbedingungen der Gesellschaft bestimmen in ihrem § 8:

„Stirbt der Versicherte während seiner Teilnahme an Kriegereignissen oder infolge seiner Teilnahme an denselben innerhalb Jahresfrist nach Beendigung des Krieges, ohne daß die Uebernahme der Kriegsgesfahr von der Gesellschaft mit dem Versicherungsnehmer vereinbart und auf dem Versicherungsschein vermerkt worden ist, so ist die Gesellschaft nur zur Zahlung des am Todes-tage vorhandenen Deckungskapitals verpflichtet.“

Die Frau des Verstorbenen verlangte jedoch die Auszahlung der vollen Versicherungssumme, weil der Tod nicht „bei Teilnahme an Kriegereignissen“ erfolgte. Die Gesellschaft lehnte die Zahlung ab, weil sie auch die Ausbildung „als durch den Krieg bedingt“ ansieht und infolgedessen als „Teilnahme an Kriegereignissen“ bezeichnet. In den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Aufsichts-amtes für Privatversicherung (Juniheft 1916) ist eine ausführliche Wiedergabe der rechtlichen Gründe des Gerichts enthalten, die den Auffassungen der Klägerin beitreten und dazu führten, daß das Gericht die Gesellschaft zur Zahlung der vollen Versicherungssumme verurteilte.

Diese Entscheidung kann für viele Kriegsteilnehmer von Bedeutung werden.

Genossenschaftliches.

Die Volksfürsorge im Weltkrieg. Mit den schönsten Ausichten auf eine rasche und glänzende Entwicklung war die Gesellschaft in ihr erstes volles Betriebsjahr (1914) eingetreten. In den ersten sieben Monaten des Jahres bis zum Ausbruch des Krieges waren 93 561 neue Anträge eingegangen, durch die M. 18 617 218 versichert wurden. Naturgemäß hat der Krieg mit seinen vielen Einberufungen Störungen und der durch ihn bedingten geschäftlichen Unsicherheit diese Entwicklung stark beeinträchtigt, so daß in den ersten sieben Monaten des Kriegsjahres 1915 nur 6393 neue Anträge mit M. 1 335 229 Versicherungssumme eingebracht wurden. Im laufenden Jahre 1916 ist jedoch eine erfreuliche Steigerung des Neugeschäftes zu konstatieren. Es wurden im ganzen bis zum 31. Juli 1916 13 170 neue Versicherungsanträge eingebracht, davon 11 888 für Kapitalversicherungen mit M. 2 814 114 Versicherungssumme und 1841 für Spar- und Risikoversicherungen.

Wenn diese Ergebnisse auch nicht befriedigen können, so stehen sie doch, verglichen mit andern Gesellschaften, in einem ganz günstigen Verhältnis.

Vom Ausland.

Die ungarischen Gewerkschaften im zweiten Kriegsjahr. Die Gewerkschaften Ungarns zählten am Schluß des Jahres 1915 43 381 Mitglieder, gegenüber dem Jahre 1914 also ein Rückgang von 8129 Mitgliedern. Von der Gesamtheit arbeiteten in der Hauptstadt Budapest und Umgebung 29 987 (69,12 pSt.), in der Provinz 13 394 (30,87 pSt.). Die Zahl der männlichen Mitglieder ging um 1889 (18,24 pSt.) auf 36 690 zurück, hingegen ist die der weiblichen um 60 (0,89 pSt.) auf 6691 gestiegen. Insgesamt hat sich die Mitgliederzahl von sechs Organisationen erhöht, während alle andern einen Verlust an Mitgliedern verzeichnen. Die meisten Mitglieder gewann der Verband der Eisen- und Metallarbeiter, die meisten Verluste hingegen erlitt die Organisation der Zimmerer. Die Zahl der Ortsgruppen war Ende 1914 noch 651, am 31. Dezember 1915 aber betrug sie nur mehr 508. Bezüglich des Kassenumfasses ist zu bemerken, daß, obwohl die Einnahmen gegenüber den vorhergehenden Jahren geringer waren, das Jahr 1915 finanziell kein schlechtes war, da auch die Ausgaben bedeutend zurückgingen. Der Kassenstand der Gewerkschaften betrug am 31. Dezember 1914 Kr. 521 976, das Vermögen an Inventar und Immobilien aber Kr. 2 690 558, somit zusammen Kr. 3 212 534. Am 31. Dezember 1915 betrug das Gesamtvermögen der Gewerks-

schaften Nr. 3458 259, so daß diese im Berichtsjahre um Nr. 245 724 gestiegen ist. Im Jahre 1915 standen den Einnahmen von Nr. 1256 189 Ausgaben im Betrage von Nr. 1 123 157 gegenüber, somit war ein Mehr von Nr. 133 032 erzielt. Die Einnahmen waren im Jahre 1915 um Nr. 876 352, die Ausgaben aber um Nr. 1 126 348 geringer als im Jahre 1914. Am auffallendsten ist das bedeutende Zurückgehen der Arbeitslosenunterstützung (von Nr. 747 278 auf Nr. 99 956). Interessant ist, daß auch die Kranken- und Waisenunterstützung um 60 pZt. (von Nr. 190 754 auf Nr. 74 919) zurückging, während die Witwen-, Waisen- und Invalidenunterstützung um Nr. 10 000 sich erhöhte. In den zwei Kriegsjahren haben die Gewerkschaften an Unterstützungen insgesamt Nr. 1 670 778 verausgabt. Rechnet man die von den freien Organisationen (Streiklassen) gewährten Unterstützungen im Betrage von Nr. 1 163 401 hinzu, so machten die in den Jahren 1914 und 1915 ausgezahlten Unterstützungen im ganzen die Summe von Nr. 3 835 179 aus.

Händler, gewerkschaftliche Querköpfe und Konsumvereine in Holland. Einen lehrreichen und charakteristischen Vorgang, der sich in Amsterdam abspielte, schildert ein Mitarbeiter der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ wie folgt:

Eine höchst sonderbare, an das Tragikomische streifende Entwicklung nahmen die Dinge in Amsterdam. Nachdem die Hungerdemonstrationen besonders in weniger entwickelten Volksteilen mehr noch als den Zorn über die vorhandene die Furcht vor der kommenden Teuerung geweckt hatten, beschloßen die Gemüsehändler, sich diese Stimmung zunutze zu machen und diese Teuerung wirklich zu schaffen. Besonders wütend sind sie auf die Gemeindeverwaltung, die ihnen den Profit an den von ihr gelieferten Lebensmitteln beschneiden hat, und noch mehr auf die sozialistische Konsumgenossenschaft „Dageraad“, die den Preistreibern der Kleinhändler auf das glücklichste entgegengewirkt hat. Sie beschloßen also, einen großen Schlag zu tun und sich diesen unangenehmen Verderber ihrer Mäckerpreise vom Hals zu schaffen. Sie erklärten, vom 19. Juni an ihre Läden geschlossen zu halten, falls nicht der „Dageraad“ die Lieferungen von Gemeindefarstoffen entzogen werde. Daneben forderten sie — natürlich im Interesse der Konsumenten — die Ueberlassung der Gemüse zu den Preisen von 1914, eine Forderung, die angesichts der erhöhten Produktionskosten der Landwirtschaft nur auf den denkbar geringsten Effekt berechnen konnte.

Das Schöne kommt aber noch. Da der Effekt des Gemüsehändlerstreiks nicht sicher war, wenn die „Dageraad“ weiterverkäufte, brachten die Gemüsehändler auch die Kartoffelarbeiter, die das Abladen von den Kartoffelfähnen besorgen, dazu, in den „Streik“ zu treten. Die Kartoffelarbeiter gehören zu der am tiefsten stehenden Schicht der Arbeiterschaft. Sie sind ein wenig von syndikalistischen Schlagwörtern berührt, stehen aber zu den Kleinhändlern, die sie gelegentlich mit Trintgeldern regalisieren, in einer Art gemüthlichem Verhältnis, wogegen sie die „Dageraad“, wo die Trintgeldfälle nicht herrscht, nicht mögen. So geschah es, daß, während die Gemeindeverwaltung die Zufuhr großer Lebensmittelmengen nach Amsterdam besorgte, die verbündeten Kartoffelarbeiter und Gemüsehändler alles taten, um in Amsterdam am 19. Juni einen Hungerstot zu erzeugen, und dies im Namen des notleidenden Volkes!

Die Ausführung des sanfteren Planes wurde sofort begonnen. Am 17. Juni begannen die Verbündeten die „direkte Aktion“. Kartoffelfähnen, die für die „Dageraad“ bestimmt waren, wurden überfallen, die schon gelästerten Kartoffeln zurückgeworfen, die Ablader verjagt. Gemüsehändler fuhren mit ihren Karren den Wagen der Genossenschaft in die Quere und bedrohten und mißhandelten die Aufseher. Auch brachte man die schlecht unterrichtete Menge, die sich, von diesem Treiben angelockt, versammelte, dazu, bei der „Dageraad“ die Scherben einzuwerfen.

Die Gemeindeverwaltung beugten sich diesem Terrorismus nicht. Der Bürgermeister erklärte, falls die Gemüsehändler bei ihrem Entschlusse verharren sollten, den Verkauf von Gemüse an mindestens 20 Stellen zu organisieren.

Der 18. Juni brachte eine große Gemüsehändlerversammlung, bei der es sehr mild zuging. Indes hatte die entschlossene Haltung des Bürgermeisters und die sich bei manchem Syndikalisten regende Einsicht doch bewirkt, daß man nun erklärte, es bei dem Proteststreik an dem einen Tage bewenden lassen zu wollen. Auch sei keine feindliche Wache gegen die „Dageraad“ im Spiele. Man wolle nur, daß diese von der Gemeinde nicht „protegiert“ werde und bessere Kartoffeln bekomme usw. Schließlich appellierte man an die Teilnehmer der Bewegung, sich von gewalttätigen Handlungen zurückzuhalten.

Der nächste Markttag brachte ungewöhnliche Ereignisse. Die Leitung des städtischen Marktwezens hatte ausgedehnte Vorbereitungen getroffen, um den Verkauf des ankommenden Gemüses und das Abladen der Regierungskartoffeln, auch der für die „Dageraad“ bestimmten, zu sichern. Zu diesem Zwecke wurde der Gemüsemarkt in der Nacht von starken Militärabteilungen besetzt und abgesperrt. Polizei zu Fuß und zu Pferd hielt Personen, die mit dem Markte nichts zu tun hatten, fern. Die nach der Stadt führenden Wasserwege wurden gleichfalls bewacht. Ferner wurden Militärautomobile und Wagen der städtischen Feuerwehr requiriert.

Die Gemüsezufuhr blieb hinter dem Durchschnitt bedeutend zurück. Die zugeführten Vorräte wurden rasch verkauft und von den Händlern, die der Streikparole keine Gehorsamkeit geleistet hatten, auf Wagen, auf denen Soldaten mit aufgespanntem Bajonett Platz genommen hatten, weggeführt. Bei der Kartoffelverladung für die „Dageraad“ ergaben sich überraschenderweise keine Schwierigkeiten, dagegen weigerten sich die von der Genossenschaft bestellten Fuhrleute, zu fahren, angeblich aus Furcht vor Mißhandlungen. So blieb, wollte man die in der sozialistischen Genossenschaft organisierten Arbeiterfamilien nicht hungern lassen, nur ein Mittel: der 19. Juni 1916 hat das außerordentliche Ereignis gesehen, daß Kartoffeln eines Arbeiter-

konsumvereins unter dem Schutze von Bajonetten in Militärautomobilen transportiert wurden. Dieses Hilfsmittel brauchte allerdings nicht lange in Anspruch genommen zu werden, da bald andere Fuhrwerke aufgetrieben wurden. Der Militärschutz mußte indes bleiben. Das war also der Triumph der im Bunde mit den Gemüsehändlern betriebenen syndikalistischen Sabotagepolitik gegen die Versorgung von Amsterdam mit verbilligten Lebensmitteln!

Daß die rückständigen und politisch konfuse Elemente einander in die Hände arbeiten, um eine gesunde soziale Entwicklung zu hintertreiben, ist eine Erscheinung, die man nicht nur in Holland beobachten kann.

Ueber die Lage der englischen Arbeiter nach dem Kriege entwirft Sidney Webb in der „Daily News“ ein äußerst trübes Bild. Er führt darin aus, daß jeder Versuch, die Löhne nach dem Kriege herabzusetzen, einen äußerst starken Widerstand erfahren werde, da die Lebensmittelpreise nach dem Kriege keineswegs wieder eine nennenswerte Verminderung erfahren würden. Die Frachten würden hoch bleiben, da der größte Teil der Schiffe fehlte und Rohmaterial von den Zentralmächten verlangt würde. Vollene Kleidung bliebe teuer. Fleisch und Milch könnten eventuell bis zu Hungerpreisen getrieben werden, wenn erst Deutschland daran gehe, seine abgeschlachteten Rindvieherden wieder herzustellen und der amerikanische Fleischmarkt wieder die Gefrierfleisch in den Händen halte. Brot werde kaum um mehr als um 1 oder 2 d fallen und niemals mehr auf den billigen Preis von 4 d heruntergehen. Und die hohen Abgaben für Zucker, Tee und Petroleum könnten auch nicht abgeschafft werden. Der offizielle Bericht über die Einstellung von Arbeitern in der Landwirtschaft spreche von Arbeitermangel und rate geradezu an, daß man landwirtschaftliche Arbeiter zwingen solle, zu den früheren ungenügenden Löhnen zu arbeiten. Am schlimmsten denkt sich Sidney Webb die finanzielle Lage der Arbeiter, wenn erst nach dem Kriege die Ueberstunden hinwegfielen, und Greise und Kinder, die jetzt durch ihre Arbeit einen nennenswerten Betrag zusteueren, nicht mehr wie früher beschäftigt werden könnten. Andererseits hätten die Metallarbeiter mit großer Selbstverleugnung ihre Gewerkschaftsregeln aufgegeben und die Regierung habe „sich schwarz im Gesicht“ geschworen, daß alle diese Aufopferungen der Metallarbeiter später wieder gutgemacht werden und die alten Gewerkschaftsregeln wieder in Kraft treten sollten. Die Arbeitgeber lachten jedoch geradezu über derartige Versprechungen, und machten absolut kein Geheimnis daraus, daß sie später jede Einmischung in ihre Fabriken verbieten würden und alle Vorteile, die der Krieg gebracht habe, nunmehr auch nach dem Kriege festhalten wollten. Sidney Webb sieht als einziges Mittel, dem zu steuern, daß den Gewerkschaften Rechte gegeben und die Arbeitgeber gezwungen würden, die Gewerkschaften als Organisationen durchaus anzuerkennen.

Verschiedenes.

Die Menschenverluste des Weltkrieges. Die in Kopenhagen bestehende Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges hat jochen ihren zweiten Bericht herausgegeben, der die Menschenverluste im Kriege behandelt. Ueber den Gesamtcharakter der Schrift bemerkt die „Köln. Zeitung“, daß sie eine durchaus wissenschaftliche, unparteiische und von jeder tendenziösen Voreingenommenheit freie Untersuchung darstellt; wenn die Ergebnisse in manchen Punkten zweifelhaft und sogar ansehbar erscheinen, so liegt das nicht am bösen Willen der Herausgeber, sondern an der Unzulänglichkeit und Unübersichtlichkeit des zugrunde liegenden statistischen Materials. Die Einleitung betont, daß eine vollständige Erfassung der durch den Krieg verursachten Menschenverluste sich nicht nur auf die direkten Heeresverluste beschränken dürfe, sondern auch noch folgende Punkte erforschen müßte: Die Sterblichkeit unter den Kriegsgefangenen, die Verluste unter der zivilen Bevölkerung durch Kriegsereignisse, die Sterblichkeit unter den Flüchtlingen, die Sterblichkeit unter der zivilen Bevölkerung überhaupt, der Geburtenrückgang. Die Ergebnisse stellen daher nur einen Teil der gesamten Menschenverluste des Krieges dar. Was nun die von der Studiengesellschaft errechneten direkten Heeresverluste anbelangt, so ist bemerkenswert, daß nach dieser, wie schon betont, rein wissenschaftlichen Schätzung der weitaus größere Teil der Verluste auf die Heere der Ententeemächte entfällt. Die Verluste unserer Gegner werden wie folgt berechnet:

	Tote	Berwundete	Tote und Berwundete	Invaliden
Belgien.....	50 000	110 000	160 000	33 000
England.....	205 000	511 000	717 000	154 800
Frankreich.....	885 000	2 115 000	3 000 000	684 000
Italien.....	105 000	245 000	350 000	73 500
Rußland.....	1 498 000	3 820 000	5 318 000	1 146 000
Serbien.....	110 000	140 000	250 000	42 000
Zusammen ...	2 853 000	6 942 000	9 795 000	2 082 800

Von diesen Zahlen können allerdings nur die auf England bezüglichen Anspruch auf einige Genauigkeit erheben, da England allein von unfern Gegnern keine Verluste amtlich bekanntgibt. Die Zahlen der übrigen Länder beruhen auf zum Teil recht geschickten Kombinationen und Berechnungen nach irgendwelchen an die Öffentlichkeit gelangten Teilergebnissen, müssen aber doch — trotz aller Sorgfalt in der Abschätzung — mit Vorsicht aufgenommen werden. Die Statistik hat sich bei allen Schätzungen an das Mindestmaß gehalten; wir können es wohl darauf zurückführen, wenn uns einige Resultate noch bedeutend hinter der Wirklichkeit zurückzubleiben scheinen; so halten wir namentlich die italienischen Verluste für viel zu gering, und auch die französischen und russischen bei aller Größe dieser Zahlen noch als reichlich knapp berechnet. Immerhin läßt sich aus der Tabelle manches Beachtenswerte herauslesen. Sie bestätigt von neuem die Kiesenverluste der Ententeheere, die selbst nach dieser sehr vorsichtigen Berechnung allein an Toten und Berwundeten von Kranken und Gefangenen ganz abgesehen — nahezu

10 000 000 Mann eingebüßt haben. Ein Vergleich der englischen und französischen Ziffern illustriert die Lage vieler Franzosen, daß England sein Blut spart, während die französische in Strömen fließt. Bei Rußland ist der Wert der hohe Prozentsatz der Invaliden — fast ein Drittel der Verwundeten — ein trauriges Zeugnis für den Stand der russischen Heilkräft. Der russische Gesamtverlust (an Kranken und Gefangenen) wird auf über 7 000 000 berechnet.

Gedenkblätter-Risch. Der „Deutsche Wille“ (Kunstworte) wendet sich im 1. Augustheft wieder gegen den Gedenkblätter-Risch, der jetzt von allerlei Hausierern von Haus zu Haus verbreitet wird: Gedenkblätter für Gefallene, Gedenkblätter für Kriegsteilnehmer, womöglich mit eingeklebten Photographie. Gewöhnlich besteht das Bild aus einem gedankten und geschmacklosen Anhäufung verschiedener Embleme und Symbole, Fahnen, Kanonentruhe, Wappenschilder, Eisernen Kreuze, Kaiserkrone, Lorbeer- und Eichenkränze usw. Dabei sind die Sachen oft noch reichlicher. Der Kunstwart schreibt dazu: „Man mahnt: bring guten Erkaß. Für die Gedenkblätter an Gefallene hat der Dürerbund durch sein Preisaus schreiben guten Erkaß geschafft, das ist durch glänzende Urteile anerkannt. Aber die Propaganda der Agenten, der Hausierer, der keine Läden usw. kann natürlich von den Geschäftsleuten mit ganz anderem Aufwande betrieben werden als von einem gemeinnützigen Verband. Könnten die Generallombardanten nicht, wie gegen die Schundschriften, so auch gegen die Schundbilder wirken, indem sie warnen, und viellecht, wo bei Schundliteraturerlassen, auf das Gute hinweisen? Der Dürerbund-Gedenkblätter sind ja auch nicht die einzigen guten.“

Literarisches.

„Die Glocke“, sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Barvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Das eben erschienene einundzwanzigste Heft des zweiten Jahrgangs dieser aktuellen Wochenschrift enthält folgende Artikel: Paul Bensch: Der Aussch zur Opposition. Alwin Saenger: München: Das Vaterland. Veritas: Dem Andenken der Gefallenen. A. Loff: Der sozialdemokratische Wahlsieg in Finnland. Josef Breitenbach: Sozialistische Jugendbewegung — nicht Jugendpflege! Glosse: Der Nährwert der Schlagworte. Die Woche. Aus unserer Sammelmappe. — Einzelhefte 20 A, vierteljährlich M. 2,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Die deutschen Militärattler und der Reichsarbeiterverband. Eine geschichtliche Darstellung der gewerkschaftlichen Bestrebungen im Sattlergewerbe nebst Anhang von B. Blum. Der Verfasser bringt in gedrängter Kürze den schlüssigen Beweis, daß der Reichsarbeiterverband für das Leberausrüstungsgewerbe die logische Folgerung der fast seit einem Menschenalter in allen möglichen Formen geäußerten Wünsche der deutschen Militärattler ist und daß die Larispolitik des Sattlerverbandes sich in Wahrheit bewegt die ihr seit Jahren vorgezeichnet waren. Das reichhaltige Buch ist durch den Vorstand des Sattlerverbandes, Berlin SO 10, Brückenstr. 10 b, zum Preise von M. 1 zu beziehen.

Kriegsinvalidenfürsorge und Gewerkschaften, von J. Kurtz, Preis 60 A. Verlag G. Witz & Co. m. b. H., München. Die Frage der Kriegsinvalidenfürsorge steht in der sozialpolitischen Debatte an erster Stelle. Sie umfaßt ein großes Gebiet zusammenhängender Fragen, die der Verfasser in übersichtlicher und gemeinverständlich Weise darstellt. Da die Stellung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Kriegsinvalidenfürsorge von größter Bedeutung ist, sollte jeder denkende Arbeiter im eigenen Interesse sich mit dieser Sache vertraut machen; die vorliegende Schrift wird dabei gute Dienste tun.

Verband der Steinseher, Plasterer und Verputzgenossen Deutschlands: Der Verband im zweiten Kriegsjahre 1915/16. Berlin 1916.

Deutscher Bauarbeiterverband. Jahrbuch 1916. Herausgegeben vom Vorstande des Bauarbeiterverbandes. Hamburg 1916.

Sterbetafel.

München. Am 14. Juli starb Kollege Josef Wittig, 56 Jahre alt. Ehre seinem Andenken!

Dereinsteil.

Bericht der Hauptklasse vom 14. bis 19. August. Eingefandt wurde: Stuttgart M. 350, Frankfurt a. M. 400, Düsseldorf 200, Augsburg 50, Waldenburg 50, Gildesheim 100, Forst 60, Neuwied 7,43, Hamburg 500.

Die Woche vom 28. August bis 2. September 1916. Die 35. Beitragswoche. P. Weutter, Rastatt.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 24 des „Correspondenzblattes“ bei.

Düsseldorfer Malerschule für Dekorationsmaler von Feinr. Weisdede, Düsseldorf-Oberkassel, Oberkasseler Straße 13.